

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Abholung ohne Zustellung monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Fernband 2.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragene Zeitung und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19/21. Verleger: Kurt Rodden 2893 und 2894.

Interate sollen die achtzehnte, Kompartiments- oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das eltertsche Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Teuerungszuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Vereinstellungen gilt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Kurt Rodden 2764.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Spitzelwirtschaft.

## Eine rechtssozialistische Spitzelorganisation.

Im Bunde mit dem Auswärtigen Amt. „Es gibt keine Regierungs-spitzel“, hat die Regierungspresse kürzlich mit großer Empfasse versichert. „Unsere Partei hält sich fern von dem Spitzelwesen“, erklären die Rechtssozialisten. Glücklich die politischen Kinder, die diesen Versicherungsglauben schenken und noch immer der Ansicht sind, daß die Regierung und die herrschende rechtssozialistische Partei nichts gemein haben mit dem Spitzelbetrieb, der unser ganzes politisches Leben vergiftet.

Die Blicke des für politische Sauberkeit kämpfenden Chronisten zwingt uns, die Illusionen dieser Leute zu zerhören. Wir haben schon mehrfach in das Betriebe des offiziellen Spitzeldienstes hineingeleuchtet; für heute mögen eine Anzahl Tatsachen folgen, die das Zusammenwirken der rechtssozialistischen Partei und des Auswärtigen Amtes auf dem Gebiete des Spitzelwesens beleuchten.

Im Hause Vellewuestraße 7 befinden sich die Räume der Bezirksorganisation des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins. In einem dieser Räume befindet sich seit Ende April der von der Regierung gegründete Verlag für soziale Aufklärung, der mit dem rechtssozialistischen Verbandsbureau Hand in Hand arbeitet. Der Vertrieb von Broschüren und Flugblättern ist seit Monaten eingestellt, dafür betätigen sich die Angestellten des Verlages in ausgiebiger Weise als Regierungs-spitzel.

Die Leiter des Verlages sind die Herren Bucherpsennia und Knothe, die in ständiger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt stehen. Die Rechtssozialisten Fuhrmann, Weich und Levo sind ihre engeren Mitarbeiter. Die Hauptaufgabe der Spitzelorganisation besteht darin, Material über die kommunistische Partei, insbesondere über ihre Führer zu sammeln. In diesem Hove werden bezahlte Spitzel beauftragt, sich bei der kommunistischen Partei als Mitarbeiter einzuschreiben, Namen und Adressen der Führer auszuforschen, über Versammlungen und sonstige Veranstaltungen zu berichten uhm. Diese Spitzelorganisation hat ihre Agenten fast in allen Berliner kommunistischen Bezirken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Agenten sich nicht bloß auf Berichterstattung beschränken, sondern sich vielfach auch als Vork-spitzel betätigen. Mit der Bezahlung der Spitzel wird nicht gespart. Uns sind Fälle bekannt, wo die Leiter des rechtssozialistischen Spitzelbureaus an die Agenten Hunderte von Mark im voraus bezahlt haben.

Der Betrieb in dem Spitzelbureau in der Vellewuestraße ist außerordentlich lebhaft. Es gehen da täglich 15 bis 20 Agenten aus und ein, die ihre Berichte übermitteln. Diese Berichte gehen dann — an die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes, von wo sie nach Kenntnisnahme zurückgegeben werden. Uns liegt das Original eines solchen Spitzelberichtes, datiert vom 30. Juni d. J., vor. Der Bericht handelt über eine Mitgliederversammlung der S. P. D. am 27. Juni in einem Berliner Vorort und gibt ausführlich den Inhalt der angeblich dort geführten Verhandlungen wieder. An der Spitze des Berichtes findet sich folgender Vermerk:

Nach Kenntnisnahme mit Dank zurückgesandt. ges. Radolny, 2. 7.

Der Briefumschlag, in dem dieser Bericht zurückgesandt wurde, trägt den Stempel des Auswärtigen Amtes. Adressiert ist er an Herrn Bucherpsennia, Berlin N. W., Vellewuestraße 7.

Dieses Dokument bildet einen unwiderleglichen Beweis der Zusammenarbeit des rechtssozialistischen Verbandsbureaus mit dem Auswärtigen Amt auf dem Gebiete des Spitzelwesens. Herr Bucherpsennia ist Leiter des Verlages, dessen Angestellte während der Bureaustunden mit auf dem Bureau des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine arbeiten. Obwohl alle diese Herren von der Regierung bezahlt werden, stellen sie ihre Kräfte der S. P. D. zur Verfügung. Ihre Arbeit im Spitzelbureau ist eng verknüpft mit ihrer Arbeit für das rechtssozialistische Verbandsbureau.

Herr Radolny, dessen Name an der Spitze des von uns vernechten Spitzelberichtes prangt, ist Geheimrat und

Leiter einer Abteilung im Auswärtigen Amt. Er hat in den letzten Monaten schnell Karriere gemacht, und gilt als rechte Hand des Reichspräsidenten Ebert. Das hindert ihn nicht, sich höchstselbst mit der Prüfung der Berichte aus dem rechtssozialistischen Spitzelbureau zu beschäftigen. Die Lektüre dieser Berichte gilt anscheinend als eine der wichtigsten Funktionen dieses talentvollen Gehilfen des Herrn Ebert.

Wir verzeichnen diese Tatsache, ohne auch nur eine Spur von Erstaunen oder Entrüstung an den Tag zu legen. Beides haben wir uns schon längst abgewöhnt in der trüben Schlammflut, die uns umgibt, und die wohl am trefflichsten die „vollendetste Demokratie“ kennzeichnet, die von den regierenden Rechtssozialisten ausgerichtet wird.

## Die Verhandlungen in Oberschlesien.

Die Gewaltpolitik wird fortgesetzt.

Was wir voraussaaten, ist eingetreten; die Reise des Herrn Göring nach Oberschlesien hat nicht zur Beruhigung der streikenden Arbeiter beigetragen, sondern die Lage noch weiter verschlimmert. Freitag nachmittags ist auch in den ober-schlesischen Bezirksorten Beuthen, Kattowitz und Königshütte die Abgabe von elektrischem Strom eingestellt worden. Ganz Oberschlesien ist wiederum ohne elektrische Kraft und elektrisches Licht, das Wirtschaftsleben ist vollkommen lahmgelegt. In Kattowitz fanden am Freitag Einigungsverhandlungen statt, an denen die Unternehmer und die Vertreter der Gewerkschaften teilnahmen. Es wurde zunächst erreicht, daß für die Arbeiter der ober-schlesischen Elektrizitätswerke 10 Prozent Lohnerhöhung bewilligt wurde. Um den Bergarbeiterausstand zu beenden, schlug Göring eine Entschliebung vor, in der zuerst erklärt wurde, daß der Streik nicht von den Gewerkschaften geführt werde, sondern als wilder Streik gelte und daher sofort beendet werden müsse. Nach Beendigung des Streiks soll eine Konferenz der Gewerkschaften einberufen werden, in der über die Punkte a) Wiedereinstellung der Gemahnteelten, b) Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe, c) Wiederrücknahme der Besatzungszustände, d) Haftentlassung etwaiger politischer Häftlinge verhandelt werden soll. Die Vertreter der Organisationen und der Staatskommissar erklärten, daß nach eingehender Prüfung den Forderungen, soweit sie berechtigt seien, stattgegeben oder durch die zuständigen Stellen vertreten werden sollen. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten sich mit dieser Entschliebung einverstanden, was aber nicht viel bedeutet, da sie den Einfluß auf die ober-schlesischen Arbeiter verloren zu haben scheinen.

Kann aber waren diese Einigungsverhandlungen zu Ende, so hat Herr Göring eine Verordnung erlassen, worin er den Arbeitwilligen keinen Schutz verspricht und das Streikpostenstehen verbietet. Das ist ein Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Grundfätze, der in keiner Weise dazu dienen kann, in Oberschlesien die Ruhe wieder herzustellen. Diese neue Gewalttat wird aber die weitere Folge haben, daß die Mehrzahl der ober-schlesischen Bevölkerung das Vertrauen zu Deutschland völlig verliert. Selbst wenn es jetzt gelingen sollte, mit militärischer Gewalt die Bergarbeiter wieder in die Gruben zu treiben, so wird es nur neue Verbitterung schaffen und unter den ober-schlesischen Polen den Glauben verstärken, als ob sie nur im Anschluß an Polen ihr Heil erreichen könnten. Die Gewaltpolitik des Göring kann höchstens das eine erreichen: eine augenblickliche Erleichterung der Lage schaffen, sie wird aber eine Ursache dafür sein, daß bei der endgültigen Abstimmung der Bevölkerung das ober-schlesische Industriegebiet für Deutschland verloren gehen wird.

## Göring verbietet das Streikpostenstehen.

Breslau, 15. August.

W. Z. B. meldet: Eine vom Reichs- und Staatskommissar Göring und dem kommandierenden General des sechsten Armeekorps für das Belagerungsgebiet des Regierungsbezirks Oppeln erlassene Verordnung verbietet, Arbeitswillige (d. h. Personen, die sich nicht am Streik beteiligen wollen) durch Drohung, Einschüchterung, Ueberrückung, Auffstellen von Streikposten und Streikpostenstehen oder in sonstiger Weise an der Aufnahme oder der Ausführung der Arbeit zu hindern.

## Der konterrevolutionäre Aufmarsch im Osten.

Unsere Enthüllungen in der gekürzten Abend-Ausgabe über das Treiben der russischen Menschenhändler in Deutschland, werden von der Presse tatgeschwiegen. Auch die sonst so demotivierende Regierung schweigt. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend weitere Unterlagen über das Zusammenarbeiten der russischen Konterrevolutionäre mit den deutschen militärischen Stellen.

Im Osten steigt für die deutsche Arbeiterklasse eine ungeheure Gefahr herauf. Die in Kurland befindliche Armee, der bislang die Aufgabe oblag, die Freiheitsbestrebungen des lettischen Volkes im Interesse einer Handvoll baltischer Junker niederzudrücken, trifft keine Anstalten, das Land zu verlassen. In dieser Armee haben sich alle reaktionären Elemente der alten Offiziersklasse vereinigt, die sich um die Anweisungen der Regierung nicht kümmern und drauf und dran sind, eine Truppenmacht heranzubilden, mit der sie einen Hauptschlag gegen die deutsche Revolution zu führen gedenken. Da ihnen eine kriegerische Betätigung gegen Deutschland einstweilen noch verweigert ist, und auch der Kampf gegen die lettische Bevölkerung infolge des Verbotes der Entente keine aussichtsreichen Chancen mehr bietet, haben sie sich der russischen konterrevolutionären Armee angeschlossen, die in Kurland durch den Fürsten Lieven aufgestellt worden ist, und deren Hauptstreikkräfte sich in dem Detachement des Grafen Keller vereinigen. Nur wenige der in Kurland befindlichen deutschen Soldaten treffen Vorkehrungen zum Rückzug. Die reaktionären Offiziere werben offen für den Uebertritt zur russischen Armee, und es sind in der Tat auch schon große Verbände in voller Ausrüstung übergetreten. So z. B. die Hauptbestände der Eisernen Division, die Formation des Hauptmanns Holle, die Militärpolizeitruppe des Oberleutnants Meier und andere Abteilungen. Auch der General von der Goly hat sich dem russischen Heer zur Verfügung gestellt, ebenso will das 6. Reservekorps geschloffen übertreten.

Die deutschen Truppen bilden somit den eigentlichen Kern der russischen konterrevolutionären Armee. Sie ist jetzt ungefähr 30 000 Mann stark und wird täglich durch russische Kriegsgefangene und durch Freiwillige, welche in Deutschland unter betrügerischen Manipulationen angeworben werden, vermehrt. Der Vormarsch gegen Sowjet-Rußland soll am 31. August angetreten werden. Von Deutschland aus finden dabei dauernd Nachschübe statt, sowohl an Menschen, als auch an Material. Um den Transport von Geschützen nicht bemerkbar zu machen, werden diese in gelochtenen Waggons nach dem Osten verschoben. Aber auch Ausrüstungsgegenstände, vor allem Bekleidungsgegenstände, wondern in großer Menge ostwärts. So ist z. B. in Neuruppin, das gewissermaßen eine Zentrale für den Nachschub nach Kurland bildet, am letzten Freitag ein ganzer Waggon mit Bekleidungsgegenständen im Werte von zirka 100 000 Mark nach dem Osten abgegangen. Der Nachschub scheint von Hauptmann Brandes, früher Kommandeur des 24. Infanterieregiments, jetzt Beschlehaber irgendeiner Landknechtschar in Kurland, angeordnet worden zu sein. Die Bedingungen für den Uebertritt zur Armee des Grafen Keller sind in einem Vertrag niedergelegt, der 46 Punkte enthält und in allen seinen Teilen den konterrevolutionären Charakter des Unternehmens offen an den Tag legt. Es soll nicht für die Wiederherstellung irgendeiner demokratischen Regierungsform in Rußland gekämpft werden, sondern für die Wiedereinführung der zaristischen Verfassung, wie sie vor der ersten russischen Revolution bestanden hat. So heißt es u. a. in dem Vertrag:

1. Ziele des Detachements: Bekämpfung des Bolschewismus und Wiederherstellung der Ordnung und einer geschehen Regierung in Rußland.

3. Der Dienst im Detachement gilt als Staatsdienst im Sinne der Befehle, die vor dem 27. Februar 1917 (erste russische Revolution) im russischen Reich in Kraft waren.

8. Besondere und Auszeichnungen im Detachement erfolgen beim Uebertritt gemäß des russischen Reiches mit Ausrechnung der deutschen Dienstzeit.

19. Alle Freiwilligen, die in das Detachement eintreten, verpflichten sich dadurch, solange beim Detachement zu bleiben, bis in Russland Ruhe, Ordnung und eine gesetzliche Regierung hergestellt ist, jedoch zunächst nicht länger als auf ein Jahr.

44. Eine Treueprämie wird an alle Offiziere und Mannschaften gezahlt, welche spätestens am 1. September 1919 beim Detachement Graf Keller eintreten und bis zur endgültigen Niederwerfung des Bolschewismus beim Detachement geblieben sind in Höhe von 5000 Mark.

46. Das Detachement wird sich dafür einsetzen, allen Angehörigen des Detachements ein weiteres Verbleiben in Russland zu ermöglichen und ihnen eventuell die russische Staatsangehörigkeit zu verschaffen.

Die von uns ausgelassenen Punkte in dem Vertrag betreffen das Vorgesetztenverhältnis, welches in durchaus alt-russischem Sinne wiederhergestellt wird. Weiter sind die Löhnungssätze für Offiziere und Mannschaften, die Versorgungsansprüche bei Todesfall und Dienstbeschädigung sowie die Unterstützung der in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen genau umschrieben. Im Todesfalle werden den Angehörigen nicht unter 2000 Mark Entschädigung versprochen. Der niedrigste Löhnungssatz beträgt pro Tag 11 Mark, steigend je nach dem Dienstgrad bis 40 Mark pro Tag neben freier Verpflegung, Urlaub und sonstigen Vergünstigungen.

Aus dem Vertrag geht klar hervor, daß die russischen Konterrevolutionäre in engem Einverständnis mit den deutschen militärischen Stellen handeln. Diese Behauptung wird besonders durch eine Dienstvorschrift erhärtet, die der Leiter eines in Berlin, Karlsbad 5 II, befindlichen Werbebureaus, Leutnant Fürst Popow, am 7. August erlassen hat, und in der es u. a. heißt:

Für die eigenmächtige Flucht nach Dienstantritt sowie auch für eigenmächtige unerlaubte Handlungen unterliegen die Freiwilligen einer Entlassung, und außerdem werden die deutschen Behörden und die betreffenden Kommandosstellen benachrichtigt zur Festnahme und Uebergabe an das Gericht.

Hiernach haben sich also die deutschen Behörden bereit erklärt, den Büttel und Zutreiber für die russischen Sklavenhändler zu spielen. Es ist eine Schande, daß die Regierung einer sogenannten sozialistischen Republik den Mut nicht aufbringt, gegen das verbrecherische Treiben dieser Clique vorzugehen, die Werbebureaus auszuheben und die dort tätigen Personen zum Tempel hinauszujagen. Wir haben bereits eine ganze Reihe von russischen Werbebureaus in Berlin namhaft gemacht, und auch der Genosse G a s e hat in seiner Rede in der Nationalversammlung auf die dunklen Machenschaften jener Kreise hingewiesen, die in Deutschland ganz offen den Menschenhandel betreiben und unmündige deutsche Landeskinder durch lügnerische Verlockungen dem Verderben ausliefern.

Die Regierung hat bisher nichts gegen diese skandalösen Zustände unternommen, die ihr völlig über den Kopf gewachsen sind, so, sie fürchtet sich anscheinend sogar, in die Verdächtigungen mit starker Hand hineinzugreifen und den Herrschaften einmal für immer zu erklären, daß Deutschland nicht der geeignete Tummelplatz für die Erneuerer der zaristischen Herrschaft in Russland ist. Wir können feststellen, daß sogar bei den verschiedensten Reichswehrtruppenteilen in Berlin öffentliche Stimmung für den Uebertritt zur Armee Koltschak gemacht wird. So fand in der vorigen Woche beim Infanterieregiment 91 (Dven), das in der Elisabethkaserne in Charlottenburg untergebracht ist, eine Offiziersbesprechung statt, in der der Major die Offiziere darauf hinwies, daß alle Offiziere und Mannschaften, die durch die Einschränkung des Heeres überflüssig würden, bei der Armee Koltschak eine gute Aufnahme fänden. Im Anschluß daran wurde eine große Anzahl von Leuten angeworben, nach Neuruppin gebracht, dort eingekleidet — möglichst in russische Uniformen — und nach dem Osten abgehoben. In Berlin selbst laufen schon eine Unmenge deutscher Offiziere und Unteroffiziere mit russischen Kokarden und Rangabzeichen herum.

Von dem Menschenhändler abgesehen, der für die verwerflichsten Zwecke getrieben wird, gehen dem deutschen Volke durch die Anwerbung und Ausrüstung für die russische Konterrevolutionäre Armee millionenfache Werte verloren. Es ist ausgeschlossen, daß bei den Truppenteilen, die in Russland mit Sach und Pack zur russischen Armee übergeben, irgendeine Berechnung stattfindet. Auch der Nachschub an Munition und Ausrüstungsgegenständen, der entweder direkt nach dem Osten geht oder von den angeworbenen Freiwilligen als Marktschmuggel mitgenommen wird, dürfte kaum mit der deutschen Regierung verrechnet werden. Es handelt sich hierbei um völlig eigenmächtige Maßnahmen der verschiedensten militärischen Dienststellen, die mit den russischen Gegenrevolutionären konspirieren und sich für die Werte, die sie ihnen zuschlagen, ihre eigenen Taschen füllen lassen.

Es bleibt eine ewige Schande für Deutschland, daß sich unter seiner Bevölkerung Elemente befinden, die bereit sind, ihren Leib und ihre Befähigung an fremde Ursupatoren für ein paar schändliche Groschen zu verkaufen. Vor hundert Jahren wurde dieser Verkauf durch deutsche Landesfürsten betrieben, die aus dem Erlös die Schulden ihrer verfallenden Herrschaftsbudgets bestritten. Heute wird der Menschenverkauf durch eine konterrevolutionäre Offizierskamarilla unter der Maske der Freiwilligkeit betrieben, mit dem Endzweck, eine bis ins Mark verrottete Regierungsform neu aufzurichten. Und diejenigen Leute, die sich für diese Zwecke mißbrauchen lassen, werden einst die Weisheit zu fühlen bekommen, die sie sich durch ihren Verkauf jetzt selber fledten.

Die deutsche Arbeiterklasse muß die Vorgänge in Russland in den Vordergrund der politischen Tagesereignisse stellen. Der Uebergang zur Armee Koltschak ist einstweilen nur ein Notbehelf, weil sich für die reaktionäre Verschwörerbände zur Zeit eine andere Beschäftigung nicht finden läßt. Der Hauptzweck bleibt, im Osten eine möglichst starke reaktionäre Truppenmacht zusammenzubringen, mit deren Hilfe die Reaktion sowohl in Russland als auch in Deutschland wieder ausgerichtet werden soll. Welint der Streich gegen die russische Sowjetrepublik, dann werden sich die zaristischen Reaktionäre für die Mitwirkung ihrer deutschen Befähigungsfreunde erkenntlich zeigen und ihre Hilfe ihnen zum Kampf gegen die deutsche Revolution zur Verfügung stellen. Bleibt den Armeen Koltschaks und Denikins ein Er-

folg verlag, dann werden die im Osten versammelten Truppenmassen kehrt machen und ihre Front nach Berlin wenden. Dieser Gefahr muß offen ins Auge geblickt und alles Erforderliche für die Abwehr getan werden. Von der Regierung Bauer—Erzberger—Koske ist keine Hilfe zu erwarten. Aber die schwärzesten Pläne der Reaktion werden in Deutschland zerfallen, wenn sie auf eine geeinte Arbeiterklasse stoßen, die gewillt ist, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

Bereit sein ist alles!

## Der 9. November.

Der frühere Unterstaatssekretär Wahnschaffe, der zu Lebzeiten des alten Reichstags den Müllern zwischen der Regierung und den Parteien gespielt hat, berichtet in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ausführlich über die Vorgänge, die der Abdankung des Kaisers in den ersten Tagen des November 1918 vorausgingen. Wahnschaffe bestätigt, daß Wilhelm von seinem Throne nicht lassen wollte. Er glaubte bis zum letzten Augenblick daran, daß es ihm mit Waffengewalt gelingen würde, die Revolution niederzuschlagen und die Monarchie zu retten. Da Wilhelm ins Hauptquartier entflohen war, so konnte eine Einigung zwischen ihm und der Berliner Regierung über die Abdankungsfrage nicht zustande kommen. Inzwischen war die Revolution im Reich soweit fortgeschritten, daß die Regierung bestimmte Entschlüsse fassen mußte. Deshalb beauftragte der damalige Reichsfanzler Prinz Max Herrn Wahnschaffe, in seinem Namen an den im Hauptquartier weilenden Freiherrn v. Grünau folgendes Telegramm zu schicken:

„Der Reichsfanzler bittet, folgende Entschlüsse zur Lage Seiner Majestät hochlich vorzutragen:

Um die alte sozialdemokratische Partei regierungsfähig zu erhalten und den Uebergang der Maffen in das republikanische Lager zu verhindern, muß man den Unabhängigen und der Spartakus-Gruppe das Schlagwort aus der Hand winden, dessen Maffensuggestion nach Befreiung der Maffen von den Bedingungen an Gewalt noch wachsen wird, wie es schon gewachsen ist nach Befreiung der erschwerten Auslegung der Wilsonschen Punkte.

Dabei rate ich aber nicht, das sogenannte Ultimatum anzunehmen, sondern den monarchischen Gedanken durch eine demokratischere Lösung zu retten, als das Ultimatum sie enthält: Seine Majestät würden unverzüglich ihren Willen aussprechen, abzudanken, sobald der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen die Ausschreibung von Neuwahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung gestattet, der die endgültige Neugestaltung der Staatsreform des deutschen Volkes einschließlich der bisher in das Reich nicht aufgenommenen Volksteile zuzustimmen würde. Erst diese Nationalversammlung würde dann zu den Verfassungsfragen Stellung nehmen, die mit der Thronentfugung zusammenhängen. Bis dahin würde Seine Majestät einen Stellvertreter bestellen. Die vorgeschlagene Lösung scheint mir folgende Vorteile zu bieten:

1. Die Krone kapituliert nicht vor der Sozialdemokratie, sondern sie zwingt die Sozialdemokratie, vor der Krone zu kapitulieren.

2. Die Frage des Thronverzichtes Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen und damit die Frage der Regentschaft wird damit verlagert.

3. Der monarchische Gedanke hat bei den Neuwahlen den Vortritt vor dem republikanischen, weil die Initiative zur Neuwahl und damit die Feststellung des Volkswillens von der Krone ausgeht.

4. Die Stimmung der Maffen, die zum Kampf drängt, wird von geschlossen in legale Bahnen, von der Straße in die Wahllokale abgelenkt, damit wächst für die ruhige Bevölkerung die Möglichkeit der Mitwirkung. Die Wahlparole für die Monarchisten wäre günstig, da die Republikaner durch das Ultimatum ins Unrecht gesetzt sind.

Inzwischen hat sich die Lage im Reich weiter verschärft. Aus München wird gemeldet, daß das Kriegsministerium vom Arbeiter- und Soldatenrat befehligt ist, der die Stadt ganz in der Hand hat. Die Republik ist ausgerufen, die Abdankung des Königs bis 12 Uhr gefordert. In Stuttgart hat ebenfalls der Arbeiter- und Soldatenrat die Herrschaft an sich gerissen und die Abdankung des Königs bis 1 Uhr 30 gefordert.

Wilhelm lehnte diese Vorkläge ab, er wollte auf die Krone nicht verzichten. Am 9. November teilte aber Herr v. S i n g e, der Staatssekretär des Auswärtigen, aus dem Hauptquartier mit, daß die Oberste Heeresleitung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Fronttruppen für die Niederlegung von Urriuchen in der Heimat nicht mehr hinter Wilhelm ständen. Es kamen weitere Nachrichten über das Verlangen verschiedener Truppenteile in Berlin. Aus verschiedenen telephonischen Unterhaltungen und Meldungen der Generale bekam man in Berlin den bestimmten Eindruck, daß der Entschluß zur Abdankung feststehe und nur die Form noch gesucht werde. Aus diesem Grunde wurde schließlich von der Regierung gemeldet, daß Wilhelm auf den Thron verzichtet habe.

Bemerkenswert an dem Telegramm Wahnschaffes ist seine Meinung über die Rechtssozialisten. Man wollte sie regierungsfähig erhalten und als Stütze für den schwankenden Thron gebrauchen. Zu diesem Zweck sollten ihnen einige Zugeständnisse gemacht werden. Die Rechtssozialisten wären ohne Zweifel auf diesen Vorkläge eingegangen, hat doch vor zwei Tagen erst Herr Erzberger festgestellt, welche Verdienste Herr Ebert sich um die Verhinderung der Revolution erworben habe. Jedoch war die Revolution stärker als die alte Regierung mit ihren rechtssozialistischen Stützen. Sie warf die alten Gewalten nieder, und so war den Rechtssozialisten keine Gelegenheit mehr geboten, sich zur Rettung der Monarchie in die Schanze zu werfen. Das weitere kennt man. Die Ebert-Scheidemann und Konsorten komarochten sich an die Revolution heran und machten sich zu deren Nutzniehern.

## Wo bleibt das billige Schuhwerk?

Genosse Simon (H. S. V.) hat folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Im Besitze des Reichswehrsamtes (Reichsverwertungsamt) befinden sich große Mengen von Häuten und Leder. Das Reichsverwertungsamt beabsichtigt, diese Häute und Ledermengen an Interessenten käuflich abzugeben. Nachdem die Zwangswirtschaft in der Lederverwirtschaftung aufgehoben wird, werden die Häute und Leder eine außerordentliche Preissteigerung erfahren, wodurch diese Interessen große Gewinne erzielen und eine erhebliche Verteuerung des Schuhwerks herbeigeführt wird. Der letzte (vorkriegswirtschaftliche) Anschluß hat beschlossen und der Herr Reichswirtschaftsminister die Zustimmung gegeben, daß für

die untermittelte Bevölkerung billiges Schuhwerk beschafft werden soll. Ist die Regierung bereit, dafür zu sorgen, daß die im Besitze des Reichsverwertungsamtes befindlichen Häute- und Ledermengen nicht verkauft, sondern zur Herstellung von Schuhwerk für die untermittelte Bevölkerung verwendet wird?

## Die Willfür des Standrechts.

Nach Gutdünken hingerichtet.

Während der Berliner Märzlämpfe ist eine große Anzahl von Verurteilungen ausgesprochen worden. Die Schwindelnachrichten über den sogenannten Lichterberger Schwarm haben im Verein mit den Nachgefühlen der Offiziere gegen die Träger des 9. November unter den Regierungstruppen jene Stimmung erzeugt, die sich in einer ganzen Reihe von platten Mordtaten auslebte. Zu den vielen unschuldig Ermordeten gehörte auch der Genosse Johannes Müller, der im Bezirk Remeler Straße 1b ein Zigarrengeschäft betrieb. Er wurde von einem Nachbarn denunziert, an den Kämpfen teilgenommen zu haben. Der Führer einer Soldatenpatrouille, Leutnant Baum, drang daraufhin in das Haus ein, nahm eine gründliche Durchsuchung vor, fand aber weder Waffen noch sonstige verdächtige Gegenstände vor. Ein Mitgliedsbuch der U. S. V. D. und ein postales Schreiben über die Ziele des Spartakusbundes genügten dem Offizier, gegen den Genossen Müller das Todesurteil auszusprechen. Und obwohl dieser seine Unschuld beteuerte, wurde er im Hofe vor den Augen seiner weinenden Angehörigen erschossen.

Daß der Prozeß in aller Eile vor einem Kriegsgesicht in dem verschwiegenen Potsdam stattfindet, veranlaßt uns erneut zu der Forderung, daß derartige Fälle vor einem bürgerlichen Gericht in breiter Öffentlichkeit verhandelt werden. Selbst das „Berliner Tageblatt“ spricht sein Verlangen über die kriegsgerichtliche Verhandlung eines derartigen schmerzhaften Falles aus. Der „Vorwärts“ hingegen findet kein Wort des Protestes gegen diese Art von schändlichen Uebergehungen. Eine standrechtliche Erschießung.

Bezeichnenderweise fand es das Kriegsgesicht nicht einmal für notwendig, die Frau und Tochter des Ermordeten, also die eigentlichen unparteiischen Augenzeugen dieses schrecklichen Vorgangs, als Zeugen zu laden. Anscheinend wollte man die für das Ansehen der Reichswehrtruppen äußerst peinliche Angelegenheit kompromittierend aus der Welt schaffen. Während der Verhandlung scheinen den Richtern jedoch Bedenken entgegengekommen zu sein. Der Prozeß wurde daher vertagt und es wurde beschlossen, den Reichswehrminister Koske sowie die Frau und die Tochter des Ermordeten zu laden.

Offenlich bildet der Prozeß kein würdiges Gegenstück zu der Justizkomödie, die in Roßau bei der Verhandlung gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts aufgeführt wurde.

Leutnant Baum gehörte zum Detachement v. Große und war Adjutant der Pionierabteilung Berlin. Die Abteilung hatte den Befehl, die Warkauer Straße und Warkauer Brücke von sogenannten Spartakisten zu säubern. Bei einer nächtlichen Runde, die durch Feuerüberfälle aus den Häusern auf die Regierungstruppen geführt wurde, trat ein bis heute unbekannt gebliebener, etwa 35 Jahre alter Mann, der

einen blauen Anzug des Reichswehrministers vorwies, nach der Angabe des Angeklagten auf ihn zu und legte Herr Leutnant, lebi der Zigarrenhändler Müller noch? Wenn Sie den Krieg, erfahren Sie ihn, den habe ich zweimal hinter den Karkaden gesehen! Der Angeklagte erkundigte sich, ob der weiche Mann den Müller mit einer Waffe gesehen habe. Das Fremde erwiderte darauf: Ich habe Familie, Herr Leutnant, muß kann ich nicht sagen!

Der Unbekannte entfernte sich. Im Moment des 12. März drang die Patrouille des Leutnants Baum bis zur Schandhölle, die sich im Hause Remeler Straße 19 befindet, vor. Dort wurde vom Angeklagten erklärt: Wir müssen Ihre Haus in Trümmer klüften, wenn Sie uns nicht angeben, wer aus Ihrem Hause geschossen hat. Nach diesem Hören erklärte die Frau: Dann geben Sie zum Zigarrenhändler Müller!

Der Angeklagte begab sich nun mit dem Mann in den Zigarrenhändler. Er traf Frau Müller an und forderte sie auf, ihren Mann herbeizurufen. Müller war gerade beim Wäscheputzen und kam mit eingepacktem Gesicht aus dem Hinterzimmer. Der Angeklagte untersuchte ihn bis auf Hemd und gürte, nahm dann eine Durchsuchung der Wohnung vor. Es wurden weder Waffen noch Munition gefunden, dagegen brachte man drei Straßenpläne von Berlin (unter anderem ein Plan des Volkspolizeiamtes Eichhorn (unterzeichnet von Braun), eine Mitgliedskarte der U. S. V. D., 140 Profokopie: „Was will Spartakus?“ und ein eingepacktes Fernglas zum Vorschein.

Der Angeklagte wandte sich mit folgenden Worten an Müller: Sie agieren ja für Unabhängigkeit, Sie haben drei Korten mit verdächtigen Punkten, ich habe von anderen gehört, Sie haben auf uns geschossen, verabschieden Sie sich von Ihrer Frau.

Es ist meine Pflicht, Sie jetzt zu erschicken! Die Frau und Tochter schrien laut auf und brachen in Tränen aus. Leutnant Baum erklärte darin, daß Müller keine Waffe mit sich gab, ein Schuldbekenntnis (1) und hielt sich zur Verteidigung des standrechtlichen Urteils berechtigt. Auf das angedeutete Schweigen des Müller bemerkte der Angeklagte nach eigener Angabe: Wenn Sie die Wahrheit sagen, daß Sie Spartakist sind, kann ich die sofortige Erschießung abwenden. Müller antwortete nicht.

Der Angeklagte ließ ihm nun 3 Minuten Zeit. Dann wurde Müller auf den Hof geführt, und dabei soll er lächelnd gesagt haben: Man kommt so rein und ist mitten drin! Er schrie: Ich habe ein Gebet, wurde dann an die Wand gelehrt, ließ Müller schossen auf ihn, und er brach zusammen. Ein Sanitäter sollte sich von der Vollstreckung des Todesurteils überzeugen und die Leiche wegkchaffen. Der Sanitäter fand den Müller noch lebend. Auf Befehl des Angeklagten gab der zur Patrouille gehörende russische Schüler Alexander Köhler dem Müller

den Unabnschlag. Leutnant Ebert, Unteroffizier Bernick und ein anderer bestaunten gestern die Angaben des Angeklagten. Zwei weitere militärische Zeugen waren nicht erschienen, da sie nach acht Tagen von der Truppe entlassen waren. Ein Zeuge erklärte auf Verlangen des Anklagevertreters, ob er nach seiner Auffassung über das Verhalten des Müller denselben hätte erschicken lassen: Mein ich hätte ihn erst zu meinem Gefolge gebracht.

Um sich darüber, wie der Schießbefehl auszuliegen sei, näher zu informieren und um auch den Totbestand weiter festzustellen, wurde die Verhandlung vertagt und beschlossen, den Reichswehrminister Koske, die Ehefrau und Tochter des Müller und den bisher noch unbekanntem Mann mit dem Namen, der ... angestrichelt hatte, zu laden.

# Die Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Die für den Winter drohende gemaltige Verschärfung der Kohlennot hat gestern erneut zu Beratungen in der Nationalversammlung geführt. Sie zeigten nicht nur den Ernst der Lage, in die wir durch den Ausbruch an Betriebsmitteln und Menschen während des Krieges, die falsche Stellung gegenüber den Bergarbeitern während der Revolution und durch die Rückkehr der Bergarbeiter zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus geraten sind, sondern auch den Mangel an Verständnis und Voraussicht, den die Regierungstellen diesem dringenden Problem auch jetzt noch entgegenbringen. Die Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt ist dafür ein vollendeter Beweis. Er wählte als Ausweg lediglich die Einstellung des Personenverkehrs in Aussicht zu stellen und verlegte sich im übrigen auf ein Plädoyer für eine Verlagerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter um eine Stunde. Selbst demokratische Redner und der Zentrumsabgeordnete Imbusch übertraten ihn an sozialpolitischer Einsicht. Imbusch wiederholte, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keine Lösung unter allen Umständen eine Verminderung der Leistung zur Folge habe und real deshalb in Unvereinbarkeit mit dem Zweck, die Kohlennot durch Verkürzung mit den Bergarbeitern versucht werden müsse, eine Verkürzung der Erzeugung zu erzielen.

Von den Reichssozialisten und dem Zentrum war zu dieser Frage ein Entschließen eingebracht, die eine Reihe von Forderungen im Interesse der Bergarbeiter erhebt. Als solche werden bezeichnet: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, schleuniger Abschluß von Tarifverträgen, Verzögerung der Betriebsräte zur Mitberatung und Kontrolle der für die Produktion geeigneten Maßnahmen, Erhöhung des knappschaftlichen Krankengeldes, Wohnungsfrage, Durchführung von gesetzlichen Maßnahmen bei der Kohlegewinnung im Sinne des Sozialisierungsgriebges und anderer mehr. Zeigen diese Forderungen, wie besserungsbedürftig die Lage der Bergarbeiter ist, so ist doch auffallend, daß im Gegensatz zu diesen Forderungen die Meldung verbreitet wird, zwischen Reichssozialisten und Zentrum seien Richtlinien vereinbart worden, die die Forderungen gegen die Bergarbeiter bereits begreifen. Von dieser Meldung sagt zwar die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, sie eile den Tatsachen voraus. Aber schon die Feststellung, daß sich diese beiden Parteien im Gegensatz zu der von ihnen öffentlich bekundeten Stellung: unter keinen Umständen Anwendung von Gewalt, mit der Frage von Zwangsmaßnahmen gegen die Bergarbeiter beschäftigen, läßt schon die Maßnahmen angebracht erscheinen. Ob sie auch danach verfolgt werden?

Wir wollen deshalb heute noch einmal darauf hinweisen, daß die Stimmung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet wie in Ober-Schlesien deutlich zeigt, daß jede Zwangsmaßnahme das Wegemittel dessen erreichen wird, was das Allgemeininteresse erfordert. Nicht um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, streiten die Bergarbeiter, wie der große Sozialpolitiker Robert Schmidt meint, sondern weil ihnen bisher keine andere Möglichkeit blieb, um ihren zahlreichen berechtigten Forderungen Anerkennung zu verschaffen. Entschlossener Wille, die sozialen Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen, die Sozialisierung ernsthaft in Angriff zu nehmen, den sich dagegen geltend machenden starken Widerstand der Kapitalisten zu brechen, das ist die einzige Möglichkeit, die uns vor der Kohlennot des Winter retten kann. Robert Schmidts Rede hat allerdings bei uns nicht den Eindruck erzeugt, als wenn von ihm eine solche Stellungnahme zu erwarten wäre.

Die Reichswirtschaftsminister Schmidt in der Sitzung der Nationalversammlung mittelste, ist die Forderung der Entente auf Lieferung von 40 Millionen Tonnen Kohlen, auf 21 Millionen herabgesetzt worden.

# Die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus.

Über die Verhandlungen zwischen dem Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgien hat die bürgerliche Presse von amtlicher Seite einen ausführlichen Bericht erhalten. Er warnt zunächst vor einer Übererschätzung der Deutschland daran zu fallenden Arbeiten und fährt dann fort:

Die Gegenseite hat zwar zweifellos ein Interesse daran, den Wiederaufbau so schnell wie möglich erfolgen zu lassen. Sie weiß, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie nach Frankreich kommen, viel nützen können. Sie weiß ferner, daß wir mit Materiallieferungen der verschiedensten Art den Wiederaufbau erleichtern können. Sie hat aber kein Interesse daran, daß der Wiederaufbau, dessen Kosten wir nach den und aufgezwungenen Friedensbedingungen tragen sollen, möglichst billig wird. Man wünscht vielmehr — und zwar unter anderem, Materiallieferanten und Arbeiter herein — aus dem Wiederaufbau ein möglichst gutes Geschäft für sich zu machen. Die Unternehmer der Gegenseite wollen natürlich hohe Gewinne bei den Vergütungen erzielen; die Belandten wollen die Materialkosten ohne deutsche Konkurrenz und zu möglichst hohen Preisen verkaufen; und die französischen Arbeiter sind der Auffassung, daß sie diese gute Gelegenheit, auf laose Fäden hinaus im Baugewerbe und den anderen hier in Frage kommenden Gewerben eine ständige Konkurrenz zu haben, nicht entgehen lassen dürfen. Unter diesen Umständen haben die deutschen Unternehmer, denen es obliegt, durch möglichst billigen Wiederaufbau die finanziellen Reizknoten Deutschlands zu mildern, an sich schon einen schweren Stand.

Außerdem aber bestanden auch Schwierigkeiten im einzelnen. An der Frage der Mitwirkung deutscher Arbeiter bei dem Wiederaufbau besteht gegenwärtig noch ein gegensätzliches Interesse der französischen Arbeiter. Da die deutschen Arbeiter nicht nach Frankreich gehen würden, wenn dies den Interessen der französischen Arbeiter nicht entspreche, so bedürfte es noch weiterer Verhandlungen, um die französischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie weder durch das Erscheinen der deutschen Arbeiter in Frankreich selbst, noch durch die Arbeitsbedingungen, unter denen die deutschen Arbeiter in Frankreich arbeiten werden, irgendeine sie schädigende Konkurrenz erhalten. Eine Vertilgung deutscher Arbeiter in Belgien komme überhaupt nicht in Frage, da dort kein Mangel an Arbeitern für den Wiederaufbau bestehe.

Hoher seien noch nicht genügend geklärt: die Frage der Versammlungsfreiheit der deutschen Arbeiter, die Frage der Sozialversicherung, der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Gerichtsbarkeit und der Unterbringung. Bezüglich deren es auch noch einer eingehenden Verhandlung mit der Gegenseite bedarf. Die Forderungen, welche die deutschen Arbeiter stellen müssen, seien nur mit großer Mühe durchzuführen. Jedenfalls müsse ein genaues Statut über alle Arbeitsbedingungen ausgearbeitet werden, ehe die Arbeiter nach Frankreich abgehen können.

Zu der wichtigsten Frage, in welcher Form die Unternehmungen ausgeführt werden sollen, ob durch den Staat, durch Private oder durch die Arbeiter selbst, meint der Generalunternehmer. Daraus folgt:

Wie das Deutsche Reich die Arbeiten ausführen läßt, ist eine subsidiäre Frage. Soviel aber steht fest, daß Deutschland bei dem vitalen Interesse, das es an möglichst rascher und billiger Ausführung der Arbeiten hat, sowie aus klaren Gründen der äußeren Politik unter keinen Umständen das Wiederaufbaugesbiet in Frankreich zum unmittelbaren innerpolitischen Streitigkeitsfeld über die Frage künftiger Unternehmungsformen machen kann. Die Reichsregierung wird hier keineswegs starr an alten Systemen festhalten, sie wird vielmehr versuchen, den Zeitverhältnissen entsprechende Neuerungen zu erproben. Voraussetzung ist aber, daß dadurch der Zweck des Wiederaufbaus und die ruhige Arbeit im Wiederaufbaugesbiet nicht gefährdet werden dürfen. Die vorbereitenden Arbeiten in dieser Frage sind bereits im Gange; sie werden von der in Versailles eingesetzten Studienkommission fortgesetzt.

Der Bericht bespricht ferner die Einzelheiten des Wiederaufbaus selbst und sagt:

Wenn und in welchem Umfange die Wiederaufbauarbeiten begonnen werden, wird praktisch davon abhängen, ob und wann die Transportfrage gelöst wird, und sich eine Einigung in der Geschäftszugabe der deutschen Arbeiter erzielen läßt. Ferner muß noch eine Reihe von Unterfragen gelöst werden. Erst wenn sie abgeschlossen sind, wird die praktische Arbeit anfangen. Für diese wird dann ein leitender Wiederaufbau-Kommissar von besonderem Organisations Talent ernannt werden.

Dann muß das Gebiet von dem Wiederaufbaukommissar und seinen Sachverständigen beabsichtigt werden, eine Angelegenheit, die bei der Stimmung der Bevölkerung in dem besetzten Gebiet gleichfalls große Vorsicht erfordert. Erst danach beginnt die eigentliche organisatorische Arbeit in Deutschland. Nicht können nur vorbereitende Schritte getan werden.

Dieser Bericht, der von der Regierung nach Versailles entsandten Kommission verfaßt die Bedenken, die wir von Anfang an gegen ihre Zusammenfassung erhoben haben. Denn für die angeblich nötigen Unterhandlungen mit den französischen Arbeitern sind nur Personen geeignet, die bei ihnen Vertrauen genießen. Deshalb muß erneut im Interesse der Sicherung dieses großen Wertes verlangt werden, daß der Kommission Vertreter der Arbeiterschaft angehöben, die von dem Vertrauen der deutschen Arbeiter getragen, sich auch das zu Verhandlungen mit den französischen Arbeitern nötige Vertrauen leicht erwerben können.

Über die wichtigste Frage: die Form des Wiederaufbaus, geht der Bericht mit einigen inhaltlosen Redensarten hinweg, die ebenfalls nicht geeignet sind, die bisher von uns erhobenen Bedenken zu entkräften und die auch nicht dazu beitragen werden, daß das Mißtrauen in die Absichten der Regierung, das in der Arbeiterschaft herrscht, verschwindet.

# Die Konterrevolution in Rußland.

## Die Monarchisten verteilen die Kronen.

Amsterdam, 16. August.

Die englischen Blätter vom 14. bringen eine Meldung der Wireh-Press, wonach bei einer in Sibirien stattgefundenen Zusammenkunft der russischen Monarchisten die russische Krone dem Fürsten Kravotkin und auf dessen Vorschlag hin Romanowsky, einem Mitglied der Romanowfamilie, angeboten wurde. Romanowsky erklärte sich zur Annahme bereit.

## Amerikanische Hilfe für Kollschal.

Amsterdam, 16. August.

Laut „Allgemeines Handelsblatt“ meldet die „Times“ aus New York, daß Nachrichten aus Washington zufolge die amerikanische Regierung den Vertretern Kollschals bereits 20000 Gewehre ausgegeben hat. Die für Kollschal bestimmten Waffen und Munition werden über Vladivostok verschifft. Die Lage in West-Sibirien soll äußerst kritisch sein.

# Die Reaktion in Ungarn.

## Ein Kabinett Friedrich.

Nach einer Meldung des „V. T.“ ist am Freitag Minister Friedrich mit einem neuen Kabinett vor die Öffentlichkeit getreten, das weiter unter der Leitung Friedrichs steht und sich folgendermaßen zusammensetzt: Präsidium: Friedrich, bürgerlichradikal (ehemals Karolyi-Partei); Neuherr: Martin Lovassy, gleichfalls bürgerlichradikal; Innenres: Baron Verenyi, ehemals Tisza-Partei; Finanzen: Gruen, Beamter; Krieg: Schuchler, General; Justiz: Georg Balogh, Richter; Ackerbau: Stefan Szabo, Partei der kleinen Landwirte; Minister ohne Portefeuille: Mayer, Partei der kleinen Landwirte; Kultur: Karl Huszar, christliche Volkspartei; Propaganda: Stefan Haller, christliche Volkspartei; Gesundheit: Dr. Gillel, Liberal; Nationalitätenminister: Jakob Bieder, Liberal-antisemitisch. Die Ministerien für Handel, Ernährung und Volkswohlfahrt bleiben offen und den Sozialdemokraten reserviert, die aber noch keinen Beschluß über ihren Eintritt getroffen haben. Die Minister haben den Eid in die Hände des Vermehers, Erzherzogs Josef, abgelegt. Die Kabinettabbildung erfolgte auf Eruchen des Erzherzogs Josef unter Mitwirkung der Ententevertreter. Sonnabend vormittag findet der erste Ministerrat des neuen Kabinetts statt.

## Eine Erklärung des neuen Kabinetts.

Budapest, 16. August.

Der Minister des Neuherrn Martin Lovassy äußerte sich gestern zu dem Berichtshatter des Ungar. Telegr. Korrespondenzbüros über die Aufgaben des Kabinetts folgendermaßen:

„Die Regierung betrachtet sich als provisorisch und wird nach dem Zusammenritt der Nationalversammlung sofort demissionieren. Bis dahin wird sie als wichtige Aufgabe erachten, die Ordnung, die persönliche und die Vermögenssicherheit herzustellen, damit die demnächst auszuwählenden Wahlen zur Nationalversammlung in ruhiger Stimmung vor sich gehen können. Die Regierung wird jeder extremen und übertreibenden Forderung entgegenzutreten, sowohl bolschewistische Umtriebe wie auch Forderungen der Reaktion und der kommunistischen Unruhst. In ihrer auswärtigen Politik erachtet die Regierung samkeit. In ihrer auswärtigen Politik erachtet die Regierung eine Beziehung zur Entente für einen maß-

gebenden Gesichtspunkt und ihre Hauptbestreben werden es sein, dem Land möglichst bald einen befriedigenden Frieden zu verschaffen.“

## Eine rumänische Erklärung.

H. N. Otag, 16. August.

Aus Paris wird gemeldet: Der rumänische Gesandte in Paris erklärte amtlich, daß die rumänische Regierung keineswegs den Übergang der Macht in Ungarn an Erzherzog Josef gefordert habe. Die rumänische Regierung hege keine Sympathie für die Persönlichkeit des Erzherzogs und für die reaktionäre Auffassung, die er vertritt. Sie denke nicht daran, eine Regierung in Budapest zu unterstützen, welche nicht von der Entente anerkannt sei.

# Ein englischer Professor über die Ernährung der deutschen Kinder.

Amsterdam, 16. August.

Dem englischen Blättern vom 14. August zufolge berichtet Professor Starling von der Londoner Universität über seine Reise durch Deutschland, die deutschen Kinder seien seit 1918 unterernährt. Er hoffe jedoch, daß eine beträchtliche Zahl dieser Kinder wiederhergestellt werde, wenn Deutschland Kredit erhalte, um Lebensmittel zu kaufen. Dies sei der Angelpunkt der ganzen Lage in Deutschland. Bedenke die Milch, den man Deutschland nehme, bedeute die Tötung eines Kindes. Er macht den Vorschlag, daß ein oberster Wirtschaftsrat gebildet wird, in dem auch Deutschland vertreten ist.

Die Verfassung des Deutschen Reiches nach den Beschlüssen der 3. Sitzung der Nationalversammlung ist soeben in Carl Schmiedemanns Verlag, Berlin W. 8, erschienen.

Der ehemalige König von Sachsen läßt erklären, daß er an der Geldschiebung des Bringen Weib nicht beteiligt sei. Eine eingehende Untersuchung zur Klärung der Widersprüche dürfte hier dringend am Platze sein.

Zusammenstöße im Elb. Aus einem stark zensurierten Artikel des „Populaire“ geht hervor, daß es im Elb fortgesetzt zu Zusammenstößen französischer Soldaten und Zivilisten mit den Eingeborenen, die deutsch sprechen, kommt.

# Der neue Roman der „Freien Welt“.

## „Sascha Schegulow“ von Leonid Andrejew.

In der nächsten Nummer der „Freien Welt“, die am 20. August herauskommt, beginnt ein neuer Roman zu erscheinen, der im besonderen Maße unsere Leser interessieren dürfte. Leonid Andrejew, der große russische Dichter, dessen erschütternde Werke auch im Proletariat bekannt geworden sind, hat in diesem Werk das Schicksal eines russischen Revolutionärs zu einem packenden Roman gestaltet. Sascha Schegulow (Sascha heißt auf Deutsch Alex) ist der Sohn eines russischen Generals, der zusammen mit seiner Schwester von seiner Mutter besonders sorgfältig erzogen und verwöhnt worden ist. Die Schönheit und Sauberkeit, die die beiden Kinder umgibt, ist aber nicht imstande das revolutionäre Leben von ihnen fernzuhalten. Nach dem japanischen Kriege bringt die Revolution in das weltferne Sibirien, in dem die Kinder aufwachsen. Sascha beschließt unter Volk zu gehen und den revolutionären Kampf in Form eines täglichen Kleinkrieges mit den Weichen aufzunehmen. Er wird ein russischer Karl Moor, Räuberhauptmann, und als solcher der Schrecken der Weichen und der Regierung, und infolge seiner Reinheit und Unvergänglichkeit, der Abgott des Volkes. Auch eine Liebesgeschichte spielt hinein und gibt dem Werke an vielen Stellen einen ergreifenden und rührenden Charakter.

Der Roman fährt die Leser in eine reiche und leidenschaftliche Welt und ist in hohem Maße geeignet, viele Besonderheiten der russischen Revolution der deutschen Arbeiterschaft verständlich zu machen. Schon aus diesem Grunde wird sie das Werk in der „Freien Welt“ mit Spannung verfolgen.

## Theaternachrichten.

Der Berliner Volkshor in Gemeinschaft mit dem Männerchor „Platz Georgina“ (hohe Vereine sind Mitglieder des Deutschen Arbeiterfänger-Bundes) wiederholt am 22., 23. August und 2. September in der Philharmonie „Jaus Versammlung“ von Hector Berlioz unter Leitung von Dr. Ernst Bänder.

Vollständige Symphonie-Konzerte. Das Orchester des Deutschen Opernhauses zu Charlottenburg gibt in der Winterpielzeit 1919/20 zehn vollständige Symphonie-Konzerte unter Mitwirkung hervorragender Solisten und Chordirektionen. Als Dirigent wurde Kapellmeister Rudolf Kasseil gewählt. Die Konzerte finden an den Sonntagen: mitagen 5. und 10. Oktober, 9. und 30. November, 14. Dezember, 11. und 25. Januar, 8. und 20. Februar und 21. März statt und werden jedesmal um 11 Uhr vormittags beginnend, circa zwei Stunden dauern. Die abnehmenden Eintrittspreise ermöglichen sich noch um 10 Prozent bei Entnahme eines Abonnements auf alle 10 Konzerte.

Im Wallner-Theater findet am 18. August die 50. Aufführung des sozialistischen Dramas „Das Gesetz“ von Paul Popper statt. Da das Wallner-Theater vom 21. August ab wieder von Direktor Saitenburg bezogen wird, hat die Direktion Ernst Robinson zur weiteren Aufführung des Dramas „Das Gesetz“ vom 21. August ab bis auf weiteres das Volkstheater gepachtet.

Im Neuen Operettenhaus nehmen die fünfändigen Sonntag-Nachmittagsvorstellungen am kommenden Sonntag ihren Anfang. Zur Aufführung gelangt Gilberts „Die Leuchte Susanne“ in erster Belegung. Anfang 8 1/2 Uhr.

## Wichtige Neuerscheinung! Montag erscheint:

# Der moralische Zusammenbruch der S. P. D.

Preis 50 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. S. m. b. H., Berlin NW6  
Abteilung Buchhandel Schönebergdamm 10

